

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 35. Sitzung des Ortsbeirates Loschwitz (OBR Lo/035/2013)

am Mittwoch, 3. Juli 2013,

17:30 Uhr

**im Ortsamt Loschwitz, Beratungsraum, 2. Etage,
Grundstraße 3, 01326 Dresden**

Beginn der Sitzung:

17:30 Uhr

Ende der Sitzung:

22:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Sylvia Günther

Mitglied Liste CDU

Dr. Hartmut George

Ralph Kühn

Markus Ullmann

Mitglied Liste DIE LINKE

Hans-Jürgen Burkhardt

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Wolfgang Deppe

Cornelia Munzinger-Brandt

Mitglied Liste SPD

Otto-R. Wenzel

Mitglied Liste FDP

Dietmar Fischer

Stellvertretende Mitglieder

Dr. Rüdiger Liebold

Hendrik Odendahl

Johannes Pfortner

Vertretung für Herrn Martin Wosnitza

Vertretung für Herrn Berndt Dietze

Vertretung für Herrn Uwe Detemple

Abwesend:

Mitglied Liste CDU

Berndt Dietze

Mitglied Liste SPD

Uwe Detemple

Mitglied Liste Freie Bürger

Martin Wosnitza

Verwaltung:

Frau Abolmaali
Herr Käßpler

verantwortliche Stadtplanerin
Abt.-Ltr. Verkehrsanlagenplanung

Herr Fückler

Abt.-Ltr Schulbau/Schulentwicklung

Gäste:

Herr Schulze

Stadtrat B'90/ Die Grünen

Herr Mohring

Planer der ARGE Hartmann, Helm, Junk und Reich

Herr Puls

Projektleiter der STESAD GmbH

Herr Rudloff

Architekt

sowie etwa 20 Bürgerinnen und Bürger

T A G E S O R D N U N G

Nicht öffentlich

- 1 Besetzung der Schiedsstelle Loschwitz mit einer Protokollführerin

Öffentlich

- 2 Kontrolle der Niederschrift zur 34. Ortsbeiratssitzung am 15.05.2013
- 3 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
 - 3.1 Bebauungsplan Nr. 3000, Dresden-Bühlau Nr. 9, P+R-Platz Bühlau **V2345/13 beratend**
hier:
 1. Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan
 2. Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes
 - 3.2 Bürgerbeteiligung stärken – Einrichtung einer Plattform für E-Petitionen auf der Stadt-Website **A0722/13 beratend**
 - 3.3 Errichtung von Informationstafeln zur Dokumentation der Geschichte und des Baus der Dresdner Waldschlößchenbrücke **A0734/13 beratend**
- 4 Vorstellung der Planung für den Erweiterungsbau des Gymnasiums-Bühlau
- 5 Straßenneubenennung an der Malerstraße (ehemalige Helios-Klinik)
- 6 Informationen der Ortsamtsleiterin
 - 6.1 Hochwasser 2013
 - 6.2 Sonstiges
- 7 Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte/ Bürgeranfragen

öffentlich

Die Ortsamtsleiterin (OAL), Frau Günther, begrüßt die Bürger und eröffnet den öffentlichen Teil der 35. Sitzung.

2 Kontrolle der Niederschrift zur 34. Ortsbeiratssitzung am 15.05.2013

Gegen die Niederschrift der 34. Sitzung gibt es keine Einwendungen.
Frau Günther schlägt Herrn Ullmann und Frau Munzinger-Brandt zur Unterzeichnung vor.

3 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

3.1 Bebauungsplan Nr. 3000, Dresden-Bühlau Nr. 9, P+R-Platz Bühlau

**V2345/13
beratend**

hier:

- 1. Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan**
- 2. Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes**

Da das Gymnasium in Bühlau auf den Flächen des derzeitigen P+R-Platz erweitert wird, enthält der entsprechende Stadtratsbeschluss die Aufforderung einen Ersatzstandort auf dem städtischen Grundstück zwischen der Grundstraße und der Neukircher Str. zu errichten. Frau Abolmaali erklärt, dass es sich baurechtlich um eine Fläche im Außenbereich handelt, für die ein Bebauungsplan (B-Plan) aufgestellt werden muss.

Neben dem primären Ziel, das Baurecht für den P+R-Platz zu schaffen, soll die Offenlegung des Loschwitzer Baches und die Nutzung der Flächen durch die Stadtteilfeuerwehr (FFW) langfristig gesichert werden. Die Festlegung im Flächennutzungsplan (FNP) als Wohnbaufläche steht dem Vorhaben nicht entgegen.

Da es sich bei dem Aufstellungsbeschluss um den ersten Verfahrensschritt handelt und noch keine verkehrsplanerische Betrachtung vorliegt, wurde auf einen Vorentwurf für die Parkfläche verzichtet. Diese beauftragte Untersuchung wird Herrn Käppler zufolge im November 2013 vorliegen. Er bietet an, einen Zwischenstand nach der Sommerpause im OBR vorzustellen.

Die Zeitschiene ist noch nicht genau abschätzbar, als frühesten Baubeginn nennt er das Frühjahr 2015.

Herr Wenzel erkundigt sich wie lange der P+R-Platz noch nutzbar sein wird.

Herr Käppler erklärt, dass dieser im Spätherbst zur Bauvorbereitung gesperrt werden muss. Die verkehrsrechtliche Einziehung soll aber solange aufgeschoben werden, bis dies wirklich notwendig ist.

Herr Pförtner hält den Stadtratsbeschluss in wesentlichen Teilen für nicht zutreffend, da dieser die Schaffung eines P+R-Platzes spätestens zum Beginn der Bauarbeiten vorzieht. Daher hat er Probleme der Vorlage zuzustimmen.

Herr Kühn sieht Nutzungskonflikte mit der angrenzenden FFW und bittet daher Herrn Pfeiffer Rederecht einzuräumen, um auf deren Belange aufmerksam gemacht zu werden.

Herr Pfeiffer sieht das Vorhaben sehr kritisch. Seine Kameraden befürchten durch die verkehrliche Mehrbelastung die Ausrückzeiten im Brandfall nicht mehr einzuhalten. Daneben besteht die Sorge, dass die bisher für die Ausbildung und Wartung genutzten Flächen, zukünftig nicht mehr zur Verfügung stehen.

Herr Burkhardt befürchtet einen entstehenden Schleichverkehr und damit eine Minderung der Lebensqualität in dem angrenzenden Wohngebiet.

Herr Dr. Deppe erinnert daran, dass sich der OBR den Beschluss zur Erweiterung des Gymnasiums nicht leicht gemacht hat. Er begrüßt die zeitnahe Erarbeitung eines B-Planes für einen neuen P+R-Platz. Der Lösung der verkehrlichen Probleme sieht er optimistisch entgegen.

Herr Fischer mahnt, den Parkplatz wirklich erst zu sperren, wenn das Baugeschehen unmittelbar bevorsteht. Anders sei das Vorgehen den betroffenen Bürgern nicht zu vermitteln. Der vorgeschlagene Standort eigne sich nur bedingt für P+R-Reisende. Er hofft, dass die Verwaltung sich weiter um die Gewinnung von geeigneteren Grundstücken bemüht.

Frau Abolmaali erklärt, dass es für das angesprochene Grundstück neben der Tankstelle einen Bauantrag gibt, der derzeit gerichtlich überprüft wird. Der Eigentümer war ihres Wissens nach bisher nicht zu Gesprächen mit dem Liegenschaftsamt bereit.

Diese Fläche war durch den ehemaligen B-Plan Nr. 262 als Erweiterung des derzeit noch bestehenden P+R-Platzes vorgesehen. Aufgrund des dortigen geschützten Biotopes sei die verbleibende Fläche allerdings zu klein.

Herr Ullmann erklärt, dass er den Eigentümer kennt und dieser erwähnt hat, dass bisher die Landeshauptstadt nicht an ihn herangetreten sei.

Frau Günther verweist auf den Stadtratsbeschluss, welcher die Verwaltung auffordert, die Fläche an der Sohlander Str. zu entwickeln. Eine Betrachtung weiterer Standorte wäre zwar wünschenswert, war aber nicht gefordert. Dies könnte durch eine Anfrage an die Oberbürgermeisterin erfolgen.

Herr Dr. George kritisiert, dass der Verkehr sehr weit in den Ortsteil hinein verlagert wird. Daher spricht auch er sich für die Schaffung eines weiteren P+R-Platzes aus.

Herr Kühn wiederholt seine Idee, kurzfristig innerhalb der Gleisschleife am Ullersdorfer Platz ca. 20 Parkplätze zu schaffen. Zudem stellt er den Änderungsantrag die Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs (Punkt 2) wie folgt zu verringern:

„Der ursprüngliche Geltungsbereich ist um das bisher durch die FFW genutzte Areal zu reduzieren. Dabei ist ein Streifen zur gehweglichen Erschließung der Neukircher Straße beizubehalten.“

Herr Käßler spricht sich für die Beibehaltung des ursprünglichen Geltungsbereiches aus. Dadurch könnte in anstehenden Gesprächen mit der FFW deren konkreter Flächenbedarf in die Planung übernommen werden.

Auch Frau Abolmaali sieht mit der Verringerung des Geltungsbereiches keine Zeitersparnis verbunden. Aus planerischer Sicht sei eine umfassende Planung günstiger.

Frau Günther bringt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 9 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

3.2 Bürgerbeteiligung stärken – Einrichtung einer Plattform für E-Petitionen auf der Stadt-Website

A0722/13
beratend

Die OAL begrüßt den Stadtrat Torsten Schulze, welcher den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorstellt. Dieser sieht die Einrichtung einer Online-Plattform vor, welche die elektronische Erstellung von Einzel- sowie Massenpetitionen ermöglicht. Massenpetitionen sollen online mitgezeichnet werden können, wie es bereits analog durch Unterschriftenlisten möglich ist.

Da der Petitionsausschuss nicht öffentlich tagt und nur erfolgreiche Petitionen veröffentlicht werden, bemängelt er ein Transparenzdefizit.

Zudem sollen öffentliche Petitionen bei Erreichen eines festzulegenden Quorums wie ein Antrag aus der Mitte des Stadtrates (SR) behandelt werden. Demnach sollte den Petenten im SR Rederecht zur Vorstellung der Petition eingeräumt werden.

Herr Pförtner begrüßt das Vorhaben, hat aber Bedenken, dass durch die Niederschwelligkeit dieses Grundrecht eher für allgemeine Beschwerden genutzt wird.

Herr Schulze nennt die Formvoraussetzungen die vorliegen müssen, damit diese überhaupt angenommen werden können. Hierauf sollen die Petenten zuvor hingewiesen werden.

Herr Ullmann erkundigt sich wie sichergestellt wird, dass die Petenten Bürger der Stadt Dresden sind.

Herr Schulze erklärt, dass dieses Recht grundsätzlich jedem unabhängig vom Wohnort zusteht. Dennoch muss dieser seine Betroffenheit darlegen, was bei missbräuchlicher Nutzung zur Ablehnung führen kann.

Herr Dr. Deppe sieht in dem Antrag die Möglichkeit dieses Bürgerrecht auch zeitgemäß elektronisch wahrzunehmen. Dadurch könnten Barrieren abgebaut und eine breitere Öffentlichkeit erreicht werden.

Herr Dr. Liebold ist der Meinung, dass ein ernsthaftes Anliegen es wert sein sollte, dieses förmlich einzureichen. Durch den Antrag befürchtet er eine Vielzahl von unausgereiften Petitionen.

Herr Odendahl kann diese Bedenken nicht teilen. Auch auf analogem Weg können diese Fehlentwicklungen eintreten. Es sei anzuerkennen, dass zunehmend mehr Bürger auch ernste Lebensbereiche elektronisch regeln.

Um den Antrag inhaltlich zu präzisieren wird die Ersetzung des Punktes 2 durch Herrn Dr. Deppe eingebracht.

~~2. „Petitionen, die von einer festzulegenden Zahl von BürgerInnen der Stadt innerhalb einer festzulegenden Frist unterstützt werden, sollen wie Anträge aus der Mitte des Stadtrates behandelt werden. Folglich sollte den Initiatoren von Petitionen ein Rederecht in der öffentlichen Sitzung des Stadtrates eingeräumt werden.“~~

"2. Für Massen- und Sammelpetitionen soll die Behandlung im Stadtrat erfolgen und mit einem Rederecht für einen Vertreter der Petenten verbunden sein. Mindestanzahl der Unterschriften sowie Fristen sind durch den Petitionsausschuss noch festzulegen."

Hierzu bittet Frau Günther um Abstimmung.

Zustimmung

Ja 10 Nein 1

Damit bringt die OAL den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 9 Nein 2

3.3 Errichtung von Informationstafeln zur Dokumentation der Geschichte und des Baus der Dresdner Waldschlößchenbrücke

**A0734/13
beratend**

Der OBR Herr Fischer stellt den Antrag seiner Fraktion vor. Dieser sieht die Errichtung von Informationstafeln vor, welche die Geschichte des Baus von den ersten Ideen bis zur Fertigstellung erläutern. Insbesondere soll auf den Bürgerentscheid und die Aberkennung des UNESCO-Welterbetitels eingegangen werden. Als Beispiel der direkten Demokratie sollte dieses auch entsprechend gewürdigt werden.

Herr Dr. Deppe hält die Idee den Entscheidungsprozess zu dokumentieren für sinnvoll. Da der Bau die Dresdner stark polarisiert habe, sollten beide Seiten ausgewogen dargestellt werden, um eine versöhnende Wirkung zu erzielen. Sein Ergänzungsantrag zielt darauf, Brückengegner, wie auch -befürworter gleichermaßen an der Erarbeitung zu beteiligen.

Herr Odendahl hält dieses Ziel, aufgrund der verhärteten Fronten für unmöglich. Er persönlich sieht in dem Vorhaben keinen Mehrwert für die Bevölkerung.

Frau Munzinger-Brandt hält es für schwierig, alles Relevante auf einer Tafel abzubilden und dabei beiden Seiten gerecht zu werden. Gleiches gelte für die Auswahl geeigneter Experten.

Herr Burkhardt hält den Zeitpunkt für verfrüht und schlägt vor, die Bürger erst ihre eigenen Erfahrungen über die Sinnhaftigkeit der Brücke machen zu lassen.

Herr Dr. George würde lediglich eine Informationstafel mit den technischen Fakten zum Brückenbau befürworten.

Der Ergänzungsantrag zur Aufnahme eines Punktes 4 mit folgendem Wortlaut wird zur Abstimmung gebracht:

„4. An der Erarbeitung des Textes der Informationstafeln werden Befürworter wie Gegner des Brückenbaus gleichermaßen beteiligt. Der Text ist dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.“

Zustimmung

Ja 5 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0

Somit bringt Frau Günther den ergänzten Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 3 Nein 7 Enthaltung 1

4 Vorstellung der Planung für den Erweiterungsbau des Gymnasiums-Bühlau

Frau Günther erinnert an die Forderung des OBR, die Planung für den Erweiterungsbau des Gymnasiums sowie das dortige Schulwegekonzept vorzustellen.

Herr Mohring stellt den geplanten Erweiterungsbau vor. Dieser umfasst 12 Klassenräume für die Jahrgänge 5 und 6 und 5 Fachkabinette sowie einen Lehrer- und Verwaltungsbereich. Der Bau wurde so weit wie möglich an das Bestandsgebäude gerückt, um maximale Freiflächen zu realisieren. Von der optischen Gestaltung wird das Gebäude dem Bestandsbau entsprechen.

Ende Oktober 2013 wird mit der Baustelleneinrichtung begonnen. Baubeginn soll März 2014 sein und das Vorhaben im August 2015 abgeschlossen werden.

Als Baukosten werden knapp 6 Mio. Euro genannt. Zusätzlich ist die Erweiterung der Mensa geplant, welche etwa 600.000 Euro kosten wird.

Herr Fischer erkundigt sich, ob in der umgebauten Mensa eine Kochküche zur frischen Zubereitung der Speisen geplant ist. Angesichts der schon heutigen hohen Auslastung der Mensa, möchte er wissen, wie viele zusätzliche Essplätze geschaffen werden.

Herr Fückler führt aus, dass aus Platzgründen und der hohen Anforderungen in Neubauten keine Kochküchen mehr vorgesehen sind. Die geplante Küche ist in der Lage Speisen zu garen und endzubereiten. Der Speisesaal im Bestandsgebäude wurde nach Musterraumprogramm errichtet und sah einen dreifachen Wechsel und eine Speisequote von 50% vor. Heute wird eine Quote von 60% erwartet, welche durch 100 zusätzlich entstehende Plätze gedeckt wird.

Herr Dr. Liebold erkundigt sich, ob die Planungsleistung für den Erweiterungsbau öffentlich ausgeschrieben wurde. Durch die Anbindungen an das Bestandsgebäude war es notwendig wieder mit dem bisherigen Planungsbüro zusammenzuarbeiten, so Herr Fückler.

Herrn Odendahl ist unklar, wie ohne eine Erweiterung der Turnhalle der Sportunterricht für die knapp 500 zusätzlichen Schüler gewährleistet werden soll.

Die Benutzung der drei Hallenfelder durch ein sechszügiges Gymnasium erfordert eine gute schulorganisatorische Planung. Seitens der Schulleitung wird der schmale Überhang an Leerzeiten als ausreichend eingeschätzt, erklärt Herr Fückler.

Frau Günther möchte wissen, ob dies Auswirkungen auf die bisherige Praxis der Ganztagsangebote und Sportnutzung durch die Vereine haben wird. Herr Fückler will nicht ausschließen, dass es zu Verlagerungen kommen wird, da die Sporthallen primär für den Schulbetrieb errichtet werden.

Das Stadtplanungsamt hat eine verkehrliche Betrachtung zur Schulwegesicherheit erarbeitet. Dieser Bericht sieht Defizite bei der Gehwegesicherheit an der Quohrener Str. und fordert eine Erhöhung der Priorität. Die Erreichbarkeit mit dem Fahrrad gestaltet sich vor allem auf der Bautzner Landstraße als schwierig. Der Bericht schlägt die Beschilderung einer Tempo-30-Zone vor dem Gymnasium vor, welche derzeit noch durch die Straßenverkehrsbehörde abgelehnt wird. Herr Fückler gestattet den OBR eine Kopie zur internen Verwendung zukommen zu lassen.

5 Straßenneubenennung an der Malerstraße (ehemalige Helios-Klinik)

Für die neu entstehende Bebauung an der ehemaligen Helios-Klinik ist die Erschließung über eine neue Straße geplant. Um dem OBR bewusst zu machen, worüber sie entscheiden sollen, wurde der Architekt zur Vorstellung des geplanten Bauvorhabens eingeladen. Herr Rudloff erklärt, dass das 1913 errichtete denkmalgeschützte Dr.-Weidner-Sanatorium für Wohn-

zwecke umgebaut werden soll. Das Areal am Wachwitzer Höhenpark beherbergte u. a. Künstler wie Charlie Rivel und Gerhart Hauptmann. Der schlossartige Gebäudekomplex umfasst drei Sanatoriumsgebäude der Architekten Carlo Sattler und W. Schnitzler. Daneben werden weitere Gebäude sowie eine Tiefgarage errichtet. Dadurch entstehen 92 Wohneinheiten, was eine Erschließung über eine öffentliche Straße erfordert. Frau Günther ergänzt, dass nach Dr. Eugen Weidner bereits der Weidnersteig benannt wurde und eine doppelte Ehrung unüblich ist.

Herr Wenzel befürwortet Anna-Fischer-Dückelmann. Diese hat in unmittelbarer Nähe auf der Malerstraße gewohnt und als Naturheilkundlerin praktiziert. Herr Dr. Deppe hält ein Plädoyer zur Benennung der Straße nach Franziska Tiburtius. Diese wurde in der Schweiz als erste Deutsche für das Studienfach Medizin immatrikuliert. Da Sie in Dresden als Frau keine Approbation erhielt, eröffnete sie in Berlin als erste deutsche Ärztin eine Praxis. Ihr Engagement für Frauenrechte, nicht nur im medizinischen Bereich, würde die Benennung rechtfertigen.

Wegen der fortgeschrittenen Uhrzeit wird die Entscheidung mehrheitlich auf die nächste Sitzung vertagt. Zudem sollen neue Erkenntnisse zu der Straßenbenennung des Lahmann-Areals vorgetragen werden.

6 Informationen der Ortsamtsleiterin

6.1 Hochwasser 2013

Frau Günther informiert über die Arbeit des Ortsamtes im Umgang mit dem Juni-Hochwasser. Ferner liegen Anträge von Stadtratsfraktionen bezüglich des Hochwassers vor, welche in der folgenden Sitzung beraten werden. Zudem wird es zur Auswertung der Hochwasserereignisse im Pillnitz am 19.09.13 eine Bürgerversammlung geben.

6.2 Sonstiges

Im Bezug auf die Informationsvorlage zum Prioritätenprogramm zum Bau von Gehwegen können noch Hinweise abgegeben werden. Die OBR sprechen sich dafür aus, die Priorität der Bergbahnstraße, Cunewalder und Quohrener Straße zu erhöhen. Ferner soll die Instandsetzung und Wiederöffnung der Gehwegbeziehung der Eschdorfer Straße zur Cunewalder Straße aufgenommen werden.

7 Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte/ Bürgeranfragen

Es wurden keine neuen Anfragen gestellt.

Sylvia Günther
Vorsitzende

Clemens Höhne
Schriftführer

OBR-Mitglied

OBR-Mitglied